

Zitierhinweis

Leder, Stefan : recension de : Pierre-Jean Luizard, Die Falle des Kalifats. Der Islamische Staat oder die Rückkehr der Geschichte, Hamburg : Hamburger Edition, 2017, dans : Neue Politische Literatur, 63 (2018), 3, p. 521-523, DOI: 10.15463/rec.2010543684

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

zu erläutern und auf überzeugende Weise in die eigene Sprache zu übertragen.

Hammerstein hat einen wichtigen vergleichenden Beitrag zur Gedächtniskultur vorgelegt. Er ermöglicht es, die Transformationsprozesse des auf die NS-Zeit bezogenen Vergangenheitsdiskurses angemessener zu beurteilen. Denn was nach 1945 – an neu errichteten Staatsgrenzen orientiert – Erinnerungspolitisch getrennt erschien, war in weiten Teilen miteinander verflochten. Zu verzeichnen sei, wie Katrin Hammerstein abschließend resümiert, eine Entwicklung der Vergangenheitsaufarbeitung von der anfänglich „getrennten Erinnerung zur ‚Gedächtnismélange‘“ (S. 488), welche die drei Staaten miteinander verband – „bis hin zu einer teilweise transnationalen Auseinandersetzung und Memorialisierung sowie einem Vermischungen und Verschmelzungen nach sich ziehenden Ineinandergreifen der Diskurse“ (S. 504).

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

21. JAHRHUNDERT

Nach dem Kalifat

Luizard, Pierre-Jean: Die Falle des Kalifats. Der Islamische Staat oder die Rückkehr der Geschichte, 152 S., Hamburger Edition, Hamburg 2017 (franz. 2015).

Als Pierre-Jean Luizard, Historiker am Centre Nationale de la Recherche Nationale und ausgezeichneten Kenner des Iraks, seine zuerst 2015 erschienene Studie verfasste, stand der Islamische Staat (IS) im Zenit seiner Macht im nördlichen Irak und Syrien. Das im Sommer 2014 proklamierte Kalifat – Abu Bakr al-Baghdadi hielt im Juli des Jahres in Mosul seine Ramadan-Predigt, die akribisch darauf angelegt war, sich durch

Berufung auf ein frühislamisches Vorbild zu legitimieren – gab dem Anspruch auf Territorium, staatliche Ordnung und islamische Gesetzlichkeit in emblematischer Weise Ausdruck. Ausgerufen war damit eine neue und für millenaristisch denkende Anhänger finale Epoche einer nach langer Unterbrechung wiederhergestellten allumfassenden sunnitischen Autorität, die anderen islamischen Bekenntnissen keine Existenzberechtigung beließ und die monotheistischen Schwesterreligionen islamischer Herrschaft unterstellte. Seit Ende 2017 kann der Islamische Staat als militärisch besiegt gelten. Luizards Intervention ist damit sicher nicht überholt. Das mit 150 Seiten schmale und flüssig geschriebene Buch stellt Hintergründe des Geschehens dar, die das Phänomen IS erst möglich gemacht haben. Dabei geht es dem Autor nicht um seinen tatsächlichen oder vermeintlichen islamischen Charakter. Er betont dagegen die Einbettung des IS in regionale Geschichte und lokale Perspektiven. Die Rationalität der ikonografischen Strategie des IS, seiner Beuteökonomie und staatsähnlichen Verwaltung, welche die lokale Versorgung der Märkte wiederherstellte und ein gewisses Maß an Rechtssicherheit bot, hat sunnitischen Muslimen, die in seinem Herrschaftsgebiet lebten, als das kleinere Übel gegenüber den Unrechtsregimen der amtierenden Staatsorgane erscheinen können. Gleichzeitig bildete die menschenverachtende Brutalität im Umgang mit Minderheiten eine „Falle des Kalifats“, die zur Vehemenz der internationalen Gegenwehr und damit zu seinem Untergang beigetragen hat (S. 129). Die systematische Strategie des IS, seinen Kampfverband und die Front der feindlichen Gegenwehr zu internationalisieren, wie auch die wissenschaftsfeindliche ideologische Verengung seiner Vision von „Bildung“, sind systemimmanent rational, aber gleichzeitig weltentrückt und destruktiv.

Gefangen im System sind Luizard zufolge aber auch die westlichen Akteure im Nahen Osten. Im Nachwort zur deutschen Ausgabe unterstreicht er noch einmal die Hauptthese seines Buches. Die Konfessionalisierung des Mittleren Ostens, die den Aufstieg des IS befeuert hat, ist mit der „Vorliebe der Mandatsmächte für Minderheiten in Verbindung mit der fehlenden Legitimität der Staaten und seiner Grenzen“ (S. 144) historisch verbunden, weil die daraus hervorgegangenen Staaten zur Ressource von Clans und regionalen Eliten wurden. Konfessionalismus bot gesellschaftlichen Zusammenhalt und vor allem Schutz und wurde so Teil und Folge eines politischen Scheiterns, das im Verfall des öffentlichen Dienstes und in der Korruption der politischen Klasse seinen sichtbarsten Ausdruck findet. Die Weigerung sich den Fehlern der Vergangenheit zu stellen, so Luizard, bedingt, dass es der westlichen Diplomatie schwer fällt, eine Zukunft für den Nahen Osten zu antizipieren; denn dazu gehört, den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und dabei auch denen, die den IS als das kleinere Übel betrachteten, eine politische Perspektive zu bieten. Das ist die „Falle“, die der IS den westlichen Demokratien stellt und die dem Buch den Titel gibt.

Die von Luizard eingenommene Blickrichtung setzt andere Akzente als die verbreitete Sichtweise. Ihr zufolge ist der Mangel an einer effektiven Staatlichkeit den betroffenen Gesellschaften inhärent, weil interne Faktoren, insbesondere patrimoniale Strukturen, den Aufbau einer dem Gemeinwohl förderlichen Steuerpolitik, rational-legalen Funktionslogik der Institutionen und legalen Legitimation verhindern. Luizards konzise, allerdings stark geraffte Darstellung der Geschichte der Region vom Ende der osmanischen Herrschaft bis zum Erscheinen des IS verdeutlicht indes historische Gründe für die politischen und sozialen Verwerfungen. Sie sind mit dem Wirken der Mandatsmächte

und seinen Folgen unter den Bedingungen postkolonialer Abhängigkeiten verbunden. Kristallisationspunkt der Darstellung in den ersten Kapiteln zum Auftauchen des IS und der Gründung der Nationalstaaten Syrien und Irak unter der Ägide europäischer Mächte ist das symbolische Niederreißen der Grenze zwischen den beiden Ländern (S. 31, 44) durch den IS. Damit ist eine „Rückkehr der Geschichte“ eingeleitet, weil eine solche Grenze in dem durch osmanische Provinzen verwalteten Gebiet ohnehin nicht existierte und im Sykes-Picot Abkommen von 1915/16 bekanntlich auch nicht vorgesehen war. Die später von den Mandatsmächten durchgesetzte Gründung der beiden Nationen brach auch die Versprechen, mit denen die Briten den Aufstand der Araber gegen die Osmanen unterstützt hatten und führte in Syrien 1920 zu einer militärischen Konfrontation mit der Mandatsmacht Frankreich, an welcher der Traum von einem vereinigten arabischen Königreich zerschellte. Diese Zusammenhänge sind auch einem breiten Lesepublikum wohlbekannt, erhalten jedoch bei Luizard eine neue Bedeutung als Ausgangspunkt für ein Narrativ, dessen roter Faden die Entstehung des politischen Konfessionalismus ist.

Das irakische Drama, das sich aus dem von einer sunnitischen Minderheit importierten Konzept der ethnischen Nation ergab, wird in dem vielleicht dichtesten Kapitel des Buches erläutert. Den Hauptaspekt bildet die sunnitisch-schiitische Polarisierung. Etappen auf diesem Weg sind die schwierige Ausgangslage mit einer land- und rechtlosen schiitischen Bevölkerungsmehrheit, das Scheitern einer von Schiiten aktiv mitgetragenen sozialen Reformpolitik unter dem Druck einer zunehmend diktatorisch agierenden Baath-Partei unter Saddam Hussein und der – westlichen – Funktionalisierung seines Regimes als Bollwerk gegen die islamische Revolution in Iran. Der Fall des Saddam-

Regimes während der amerikanisch-britischen Besatzung 2003 etablierte keinen Rechtsstaat. Der Regimewechsel zu einer schiitischen Mehrheit wird belastet durch die schwere politische Hypothek, die sich aus der dysfunktionalen Dreiteilung der schiitisch-kurdisch-sunnitischen Ämterstruktur ergibt, und droht, in der neuen Konstellation „das irakische Muster eines gegen die Gesellschaft kriegführenden Staates“ (S. 70) wieder aufzunehmen.

In Syrien steht die sunnitische Bevölkerungsmehrheit einer markanten konfessionellen Vielfalt gegenüber. Das Scheitern des politischen Panarabismus und die Kolonisierung des ohnehin von Minderheitengruppen stark geprägten Militärs durch Alawiten, die Machtkonzentration im Assad-Clan, die geopolitisch motivierte Unterstützung der Islamischen Republik Iran, das Massaker beim Niederschlagen des sunnitischen Aufstands 1982 in Hama, führte, so legt der Autor nahe, zu einer nachhaltigen Entfremdung der Sunniten vom Regime. Diese konnte auch von der Politik des syrischen Staatsislams (S. 84) nicht aufgefangen werden. Die Konfessionalisierung der sich seit 2012 fast über das ganze Land ausbreitenden strukturellen Gewalt, erscheint aber nicht als zwingende Folge dieser Entwicklung, sondern wurde begünstigt durch das bewusste Agieren des Assad-Regimes und seiner arabischen Gegner.

Dass einige Details und die Gewichtung einzelner Gesichtspunkte eingehender diskutiert werden müssten, und dass der durchgängige politische Mechanismus, die Zugänge zur Macht in Clans zu monopolisieren, mehr Aufmerksamkeit verdient, tut der insgesamt überzeugend vorgetragenen und anregenden Darstellung keinen Abbruch. Politische Konsequenzen sind allerdings schwer zu benennen. Das vom Autor zu Recht hervorgehobene Kalkül des Assad-Regimes, der Kampf gegen den IS würde

es legitimieren und die wichtigen internationalen Akteure von seiner Unersetzbarkeit überzeugen, ist zunächst aufgegangen. Und doch gibt es für die Zukunft der Region keine Alternative zu einer integrativen politischen Ordnung, für die es wohl nur jenseits der derzeitigen Kombattanten Garanten gibt.

Beirut

Stefan Leder

POLITIKWISSENSCHAFT

Der diskrete Charme der Monarchie

Thieme, Tom: Monarchien. Auslauf- oder Zukunftsmodelle politischer Ordnung im 21. Jahrhundert?, 200 S., Nomos, Baden-Baden 2017.

Die monarchische Staatsform hat bisher nur selten das Interesse der politikwissenschaftlichen Forschung auf sich gezogen. Königshäuser scheinen eher ein Thema für die Boulevardpresse zu sein und firmieren ansonsten unter der Rubrik „politische Folklore“. Dass das zu kurz gegriffen ist, zeigt Tom Thieme in seiner auch für den politikwissenschaftlichen Laien gut lesbaren, kompakten Abhandlung. Diese weitet das Thema zum einen auf die nicht-demokratischen Regierungssysteme aus, in denen die monarchische Staatsform tatsächlich einen Unterschied bedeuten könne, zum anderen nennt sie Gründe für die erstaunliche Stabilität der Monarchien in den demokratisch verfassten Staaten.

Monarchien lassen sich anhand von drei Merkmalen definieren: Das Staatsoberhaupt wird durch seine Abstammung legitimiert und kommt durch Erbfolge ins Amt, es weist eine historisch-identitäre Beziehung zu seinem Volk auf, und es übt das Amt zumeist auf Lebenszeit aus. Von allen drei Merkmalen kann es auch Abweichungen geben, die aber an der prinzipiellen Gültigkeit der De-